Feature I

Das Ende des „Goldenen Zeitalters“ in den deutsch-japanischen Beziehungen[1]

Gerhard Krebs

Der kuschelige Mythos

Hartnäckig hält sich der Mythos von den engen und herzlichen deutsch-japanischen Beziehungen in der Meiji-Ära, bedingt durch gegenseitige Wertschätzung, eine angebliche Seelenverwandtschaft und charakterliche sowie politisch-gesellschaftliche Ähnlichkeiten. Zumindest aber gilt diese Annahme nicht für die zwei Jahrzehnte, die dem Ersten Weltkrieg vorausgingen. Historiker haben daher mitunter der Überzeugung widersprochen, Japans Beziehungen zu Deutschlands seien die engsten im Vergleich zu allen anderen Ländern gewesen. Vielmehr seien die Vereinigten Staaten für das Kaiserreich viel wichtiger und das Verhältnis zu ihnen viel enger gewesen. Das Interesse an Deutschland habe sich eher auf einzelne Gebiete beschränkt wie Philosophie, klassische Musik und Medizin. Auch in Handel und Wirtschaft hätten die angelsächsischen Nationen Deutschland in den Schatten gestellt, und entsprechend größer sei der Anteil ihrer Residenten einschließlich Ausbilder und Universitätslehrer in Japan unter den Ausländern gewesen.[2]

Zunächst aber hatte sich das bilaterale Verhältnis durchaus mehr oder weniger harmonisch entwickelt. Die ersten Deutschen, die seit dem 17. Jahrhundert nach Japan kamen, wie Engelbert Kämpfer und Philipp Franz von Siebold, standen in den Diensten der Niederländischen Ostindischen Gesellschaft. Durch ihre Untersuchungen und Schriften erfuhr man auch in anderen Ländern viel über das abgeschlossene Inselreich. Im Jahre 1860, sechs Jahre nach der durch die Amerikaner erzwungenen Öffnung Japans, tauchte in der Buch von Edo, dem heutigen Tokyo, ein preußisches Schiff auf, dem später zwei weitere folgten. Die kleine Flotte war entsandt worden, um nach dem Vorbild einiger anderer Nationen mit der Regierung des Shogun Abkommen verschiedener Art

1 Überarbeitete Fassung eines Vortrags auf dem Symposium im Museum Lüneburg am 2.6.2017 als Begleitveranstaltung zu der Ausstellung „Bandō – ein außergewöhnliches Kriegsgefangenenlager? Das Lager Bandō und die deutsch-japanischen Beziehungen“.

2 Siehe z. B. Takenaka Tōru: „Chikashii kuni Doitsu“ no shinwa (Der Mythos von dem „eng verbundenen Land Deutschland“). In: *Osaka Daigaku Daigakuin Bungaku Kenkyūka Kiyō*, 54, 2014, S. 1-23.

abzuschließen. Nach vier Monaten zäher Verhandlungen unter Graf Friedrich Albrecht (Fritz) Graf zu Eulenburg kam es im Januar 1861 zur Unterzeichnung eines Vertrages über Freundschaft, Handel und Schifffahrt, der die Einrichtung einer diplomatischen Mission erlaubte und drei Häfen öffnete: Hakodate, Kanagawa und Nagasaki. Er galt aber nur für Preußen und nicht auch für die anderen Mitgliedsstaaten des Deutschen Zollvereins, wie von deutscher Seite ursprünglich angestrebt worden war. Erst 1867 ließ die japanische Regierung alle Schiffe unter der Flagge des Norddeutschen Bundes zu. Diese Regelung wurde im Februar 1869 vertraglich abgesichert. Neben den Handelsmöglichkeiten wurde den Deutschen, wie anderen Vertragsstaaten auch, in sogenannten ungleichen Verträgen Sonderrechte eingeräumt, wie die Bestimmung japanischer Zolltarife und eine exterritoriale Rechtssprechung.

Japan, das mit erpresserischen Forderungen zur Öffnung des Landes und zur Aufnahme von Beziehungen zu den westlichen Nationen gezwungen worden war, machte das Beste aus der Situation. Es nutzte die neuen Kontakte, um von den Fremden zu lernen, sich zu modernisieren, langfristig die volle Souveränität zurückzuerlangen und schließlich als gleichberechtigter Partner anerkannt zu werden. Durch schnelle Fortschritte bei seiner Entwicklung errang das Land bald den Respekt der westlichen Nationen inklusive Deutschlands, auch wenn die gezollte Bewunderung mitunter einen überheblich-patriarchalischen Ton gegenüber den angeblichen „Preußen Ostasiens“ erkennen ließ. Die Sympathien waren auch dadurch bedingt, dass man sich seinerzeit überhaupt nicht vorstellen konnte, dass mit dem fernöstlichen Kaiserreich einmal ein als gefährlich anzusehender Rivale entstehen könnte.

Die offiziellen Beziehungen

Im Jahre 1862 wurde Max August Scipio von Brandt, der schon als Gesandtschaftsattaché an der Eulenburg-Mission teilgenommen hatte, zum Konsul in Japan ernannt und trotz seiner geringen Position auch mit diplomatischen Aufgaben betraut. Er, von Beruf Heeresoffizier, hatte wegen seines niedrigen Ranges und jugendlichen Alters von nur 27 Jahren zunächst Probleme mit Anerkennung und Prestige unter den ausländischen Kollegen und der japanischen Regierung. Im Jahre 1867 wurde er preußischer Geschäftsträger, erhielt damit die niedrigste diplomatische Rangstufe und fungierte gleichzeitig als Konsul und ein Jahr später als Generalkonsul des Norddeutschen Bundes. Er setze sich sehr für den deutschen Handel ein, erfreute sich deswegen bei den Kaufleuten unter seinen Landsleuten großer Beliebtheit und sorgte dafür, dass in den geöffneten Häfen Honorarkonsuln ernannt wurden, und zwar meist die Chefs großer deutscher Handelshäuser.

Dass von Brandt Japan nicht als vollwertigen Partner Deutschlands betrachtete, zeigte sich u.a. darin, dass er allen Ernstes den Vorschlag unterbreitete, die nördlichste Insel Hokkaidō (Ezo), die noch nicht fest in das Kaiserreich integriert war, zu annektieren und zur deutschen Kolonie zu machen. Es kam dort aber lediglich zur Anlage eines landwirtschaftlichen Versuchsguts. Dann wieder war es Formosa (Taiwan), das

Brandts Begehrlichkeit entfachte, so wie auch schon seinerzeit diejenige der Eulenburg-Mission.

Mit dem deutschen Sieg über Frankreich und der Reichsgründung 1871 trat ein Wandel in den bilateralen Beziehungen ein, und der zehn Jahre zuvor geschlossene Vertrag galt nun für das gesamte deutsche Kaiserreich. Brandt wurde „Ministerresident der Kaiserlich Deutschen Mission". Bismarck und die Staatsführung allgemein standen dem aufstrebenden und ehrgeizigen Japan mit großer Sympathie gegenüber, doch spielte diese ferne und damals noch schwache Nation in der Politik Berlins noch keine nennenswerte Rolle. Das Deutsche Reich genoss dagegen in Japan von den 1870er Jahren an große Bewunderung. Staatsmänner wie Itō Hirobumi, Katsura Tarō, Yamagata Aritomo und Aoki Shūzō förderten die Orientierung an Deutschland für die Modernisierung ihres Landes und damit auch enge Beziehungen zu Berlin.

Die von Kaufleuten und Diplomaten 1873 aus der Taufe gehobene Deutsche Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens (OAG) ist bis auf den heutigen Tag eine wichtige Vermittlerin des Wissens über Japan. Max von Brandt hatte an der Gründung entscheidenden Anteil, da er dem Club „Germania" in Yokohama mit seiner Bierseligkeit eine intellektuelle Anlaufstelle für die Deutschen entgegensetzen wollte.

Im Jahre 1874 erreichte Max von Brandt eine Verständigung mit Außenminister Terashima Munemori, dass es allen Deutschen gestattet sei, zu Forschungszwecken oder aus Gesundheitsgründen bzw. anderen dringenden Anlässen mit einem Reisepass, der von der Gesandtschaft bei den japanischen Behörden beantragt werden müsse, sich im Landesinneren aufzuhalten. Das gab nach den üblichen Meistbegünstigungsklauseln in den jeweiligen Verträgen den anderen Ausländern, die ja bis dahin auch auf ihre Konzessionen beschränkt gewesen waren, ebenfalls die Möglichkeit zu relativ freiem Reisen.

Der Geograph Johannes Justus Rein (1835-1918) war einer der ersten Ausländer, die fast ganz Japan durchstreifen konnten. Bis auf das nördliche Hokkaidō und das erst 1879 annektierte Okinawa (bis dahin Königreich Ryūkyū) lernte er in den Jahren 1873-75 alle Hauptinseln kennen. Nach seiner Rückkehr wurde er als Professor auf den ersten Lehrstuhl für Geographie an die Universität Marburg berufen und wechselte 1883 als Nachfolger Ferdinand von Richthofens nach Bonn. Dort gehörte der später prominente Fürst Konoe Atsumaro aus höchstem Adel, der 1896 Präsident des Oberhauses werden sollte, aber schon 1904 im Alter von nur 40 Jahren verstarb, zu seinen Schülern. Sein Sohn Fumimaro besuchte als junger Mann Johannes Justus Rein in Bonn und war von dem Universitätsleben sehr beeindruckt; er sollte später, 1937-39 und 1940-41, das Amt des Premierministers bekleiden.

Rein hatte in Japan im Auftrage des Preußischen Handelsministeriums Untersuchungen zu Handel, Gewerbe und Industrie in dem voller Ehrgeiz aufstrebenden Land durchgeführt und daher im Gegensatz zu anderen Ausländern über keinen japanischen

Arbeitgeber verfügt, dem er bei der Modernisierung des Landes helfen sollte und demgegenüber er verpflichtet war. Max von Brandt, der eigentliche Initiator für die Entsendung Reins, unterstützte naturgemäß dessen Studien nach Kräften. Das zweibändige Werk, das Rein nach seiner Rückkehr aus seinen Aufzeichnungen verfasste, *Japan nach Reisen und Studien im Auftrage der Königlich Preußischen Regierung dargestellt*, erschienen 1881 bzw. 1886, erregte in Fachkreisen großes Aufsehen und wurde bald darauf in die englische Sprache übersetzt, gab es doch damals noch kaum wissenschaftlich fundierte Untersuchungen über das erst kurz zuvor geöffnete Land.

Immer schneller kam es auch zu japanischen „Gegenbesuchen". Im Jahre 1873 hielt sich eine Sondergesandtschaft unter Iwakura Tomomi, die auf Erkundungsreise die USA und verschiedene Länder Europas besuchte, auch längere Zeit in Deutschland auf und wurde von Kaiser Wilhelm I. sowie Reichskanzler von Bismarck empfangen. Für die bilateralen Beziehungen erwies es sich als ein Glück, dass 1875 Karl von Eisendecher zum deutschen Ministerresidenten und fünf Jahre später zum Gesandten in Tokyo ernannt wurde, der als Marineoffizier schon an der Eulenburg-Mission teilgenommen hatte. In seiner Amtszeit erlebten Deutschlands Beziehungen zu Japan einen Quantensprung an Freundlichkeit, so dass mitunter von ihrem „goldenen Zeitalter" gesprochen wurde.[3] Berlin gewann dadurch größeren Einfluss. Dokumente in japanischen Archiven stützen die positive Einschätzung Eisendechers. Er setzte sich in internationalen Konferenzrunden für die Abschaffung der ungleichen Verträge ein, allerdings ohne kurzzeitigen Erfolg. Getrübt wurden die Beziehungen allerdings, als Eisendecher 1879 die Umgehung japanischer Quarantänevorschriften erzwang und damit einen diplomatischen Eklat auslöste. Außenminister Terashima verlor sein Gesicht und sah sich zum Rücktritt gezwungen.

Im Jahre 1880 erhob das Deutsche Reich seine diplomatische Vertretung in Tokyo in den Rang einer Gesandtschaft und beförderte Eisendecher zum Gesandten. Kaiser Willhem I. soll 1882 sogar in seiner Thronrede rückblickend die Reise der Flotte und die 1861/62 in Ostasien abgeschlossenen Verträge – noch unter ihm als bloßem König von Preußen – als größten Erfolg seiner bisherigen Regierungspolitik bezeichnet haben. Ein Höhepunkt in diesen Jahren war der Besuch von Prinz Heinrich in Japan 1879, dem Enkel Wilhelms I. und Bruder des späteren Kaisers Wilhelm II., sowie der Bau eines Gesandtschaftsgebäudes.

Eisendechers Nachfolger Theodor von Holleben, Gesandter 1886-91, setzte sich ebenfalls für die Abschaffung der ungleichen Verträge ein, allerdings erst für die Zeit, in der Japan die notwendigen Erfolge beim Aufbau eines modernen Rechts- und Verwaltungssystems aufweisen könnte. Auch die englische Politik lag zu dieser Zeit auf der gleichen Linie.

---

3 Nakai Akio: Das japanische Preußenbild in historischer Perspektive. In Gerhard Krebs, Hg: *Japan und Preußen*. München, iudicium verlag 2002, S. 23.

Der deutsche Einfluss

Auf einzelnen Gebieten war der deutsche Einfluss in Japan durchaus dominierend trotz dessen enger Bindung, bedingt durch das Interesses an Technik und das Handelsvolumen, an die angelsächsischen Nationen. Die Regierung in Tokyo stellte von den 1880er Jahren an verstärkt deutsche Spezialisten auf einer Fülle von Feldern ein wie Medizin, Recht – einschließlich Verfassung und Aufbau einer Bürokratie –, Bildungswesen, Armee und Polizei. Ab 1885 wurden deutsche Militärberater auf Kosten der bis dahin dominierenden französischen Offiziere berufen, um das japanische Heer zu reformieren bzw. überhaupt erst eine moderne Armee aufzubauen. Diese wurde nun nach dem Muster Preußens umstrukturiert, dessen Sieg über das Frankreich Napoleons III. großen Eindruck gemacht hatte. Der erste deutsche Militärberater, Clemens Jacob Meckel, genoß noch jahrzehntelang große Verehrung in Japan. Die deutschen Spezialisten, Zivilisten wie Offiziere, gingen zwar auf der Basis von Privatverträgen in das fernöstliche Kaiserreich und ließen sich ihre Arbeit gut bezahlen, aber ihr Wirken war von Regierungsseite in Berlin gern gesehen und wurde in vielen Fällen gefördert.

Im Jahre 1882 stattete der spätere Ministerpräsident und Vater der japanischen Verfassung Itō Hirobumi, der schon der Iwakura-Mission angehört hatte, Deutschland einen längeren Besuch ab. Er wurde von Bismarck empfangen und in Verfassungsfragen von deutschen Juristen beraten, vor allem durch Lorenz von Stein und Rudolph von Gneist. Dadurch erfuhr der japanische Konstitutionalismus starke Einflüsse durch Preußen, durch die das Militär innerhalb der Staatsstruktur eine starke Position genoss: Der Generalstab – und später auch sein Gegenstück in der Marine, die Admiralität – errang dabei die Unabhängigkeit von der Regierung und war nur dem Kaiser allein gegenüber verantwortlich. Der moderne japanische Staat, ohnehin von der ehemaligen Kriegerkaste der Samurai begründet und getragen, wurde dadurch noch militaristischer. Auch die 1889 erlassene Verfassung übernahm neben der starken Stellung des Militärs noch viele andere Elemente des preußischen Systems, so ein schwaches Parlament, ein Dreiklassensystem für die Wahlen und nahezu unumschränkte Vollmachten für den Monarchen, zumindest in der Theorie. Bildungswesen und Wehrpflicht wurden in beiden Ländern Instrumente zur Indoktrination in nationalistischem und militaristischem Sinne, galt doch in Preußen die Armee als „Schule der Nation“.

Erste Warnungen vor Japan

Im Jahre 1875 war Max von Brandt nach dem Ende seiner Tätigkeit in Tokyo zum deutschen Gesandten in China ernannt worden und blieb ganze 17 Jahre auf diesem Posten. Immer stärker betrachtete er von nun an Japan misstrauisch als künftige Großmacht und gefährlichen Rivalen. Seine Stimme fand in Berlin noch kein Gehör, da man das aufstrebende Land als geistesverwandt ansah und seinen Aufstieg eher mit Sympathie beobachtete. Von den 1890er Jahren an aber empfand man das fernöstliche Kaiserreich zunehmend als Rivalen und bezog es als Schachfigur in die deutsche Weltpolitik mit

ein. Dabei traf Berlin mitunter Entscheidungen, die sich ganz eindeutig gegen Tokyos Interessen richteten. Brandts publizistische Tätigkeit während seiner Zeit als Gesandter in China und stärker noch nach seinem Ausscheiden aus dem diplomatischen Dienst 1893 zielte darauf ab, das als aggressiv angesehene Japan in seine Schranken zu weisen, denn auf lange Sicht sei den deutschen wie europäischen Interessen in Ostasien am besten durch geschlossenes solidarisches Handeln aller Mächte gedient. Der Ausbruch des Japanisch-Chinesischen Krieges im folgenden Jahr galt ihm als Bestätigung. Brandts Warnungen mögen objektiv gerechtfertigt gewesen sein, wirkten sich aber negativ auf die deutsch-japanischen Beziehungen aus. Er, der inzwischen als Fernostexperte ersten Ranges galt und als graue Eminenz der deutschen Ostasienpolitik fungieren konnte, wurde vom Auswärtigen Amt in die Konsultationen einbezogen, die zu der noch zu behandelnden Tripel-Intervention nach dem Friedensschluss von Shimonoseki 1895 führen sollten.

Das „Knackfuß-Bild" (1895), reproduziert in der japanischen Zeitschrift Taiyō *14, Nr. 3 (1908)*

In dieser Situation war es verhängnisvoll, dass Deutschland, bis dahin mit einer eher glücklichen Hand bei der Auswahl seiner diplomatischen Vertreter in Japan gesegnet, 1892 Felix Freiherr von Gutschmid zum Gesandten in Tokyo ernannte, der ebenso nassforsch und verletzend aufzutreten pflegte wie sein Kaiser Wilhelm II. Der deutsche Monarch verfolgte zu dieser Zeit die Politik, Russland an sich zu binden. Daher sollte das Zarenreich, das bereits mit Frankreich verbündet war, zu einem Engagement in Ostasien bewegt werden, statt sich immer wieder in europäische Angelegenheiten ein-

zumischen, vor allem nicht auf dem Balkan zu Lasten Österreich-Ungarns. Auch der Druck auf das Osmanische Reich, so die Hoffnung des deutschen Kaisers, könnte dadurch abgeschwächt werden. Wilhelm II. entfachte daher eine Propagandakampagne unter dem Schlagwort der „gelben Gefahr“, um Russland als Vorkämpfer des christlichen Abendlandes gegen die asiatischen Massen anzustacheln. Das böse Wort war zwar nicht von ihm erfunden worden, wurde aber durch ihn populär und fand weite Verbreitung. Er schenkte dazu seinem Cousin Zar Nikolaus II. 1895 ein Gemälde, eine von seinem Hofmaler Hermann Knackfuß ausgeführte Auftragsarbeit (siehe oben), die orientalische Heere unter der Führung Buddhas zeigte. In Schach gehalten wurden diese von europäischen Symbolgestalten, angeführt vom Erzengel Michael, dem Schutzpatron Deutschlands. Das Bild war mit dem Aufruf versehen: „Völker Europas, wahret Eure heiligsten Güter“. Wilhelms Paranoia steigerte sich bis zu der Vision, die gelben Horden könnten binnen 20 Jahren in Moskau und Posen sein. Japan, das sich permanent mit der „weißen Gefahr“ konfrontiert sah, reagierte empfindlich auf diese feindselige Propaganda.

Dass Tokyos Befürchtungen bezüglich einer europäischen Einheitsfront nicht grundlos waren, zeigte sich im Jahre 1895, als Deutschland im Verein mit Russland und Frankreich das siegreiche Japan zwang, auf einen Teil seiner Beute aus dem Krieg gegen China und dem Friedensvertrag von Shimonoseki 1895 zu verzichten: die Liautung-Halbinsel im Süden der Mandschurei. Verborgen blieb den Beobachtern seinerzeit noch die Agitation Kaiser Wilhelms II., der in der Vorbereitungsphase der Dreierintervention seinem Cousin, Zar Nikolaus II., geheime Garantien gab, ihm den Rücken in Europa freizuhalten, sollte Russland in Ostasien in einen Krieg mit Japan geraten, und ihn zu einer unnachgiebigen Haltung anstachelte. Damit ging die Saat der grauen Eminenz Max von Brandt auf.

Hinter der Forderung der drei Mächte steckte die Furcht vor einem monopolartigen Einfluss Tokyos im Reich der Mitte auf Kosten westlicher Handelsinteressen. Bildeten die Intervention Russlands und die seines französischen Verbündeten keine große Überraschung, so waren die Japaner über Deutschlands unerwartete Haltung mehr als verstört, zumal der Gesandte des Reiches, von Gutschmid, eigenmächtig eine Kriegsdrohung hinzufügte, so dass die Note Berlins den schärfsten Charakter der Vorgehensweise aller Interventionsmächte erhielt. Diese Demütigung belastete das deutsch-japanische Verhältnis bis hin zum Ersten Weltkrieg.

Tokyo akzeptierte die als erpresserisch empfundene Forderung der Interventionsmächte zähneknirschend und in ohnmächtiger Wut. Das Trauma wirkte noch jahrzehntelang nach, und als der Tennō am 14. August 1945 am Ende des Zweiten Weltkriegs seiner Regierung, seiner Beraterschaft und dem Oberkommando den Entschluss zur Kapitulation mitteilte und begründete, erwähnte er die Dreierintervention von 1895: Wie seinerzeit sein Großvater, der Meiji-Tennō, füge er sich in das Unerträgliche und beuge

sich den Forderungen der Gegenseite.[4]

Die Tripel-Intervention und die Rolle Deutschlands ebenso wie die zunehmend feindselige Stimmung in seinem Gastland gegenüber Japan traf auch dessen Gesandten in Berlin, Aoki Shūzō schwer und unvorbereitet. Er, verheiratet mit einer Deutschen und selbst Hauptarchitekt guter und enger Beziehungen zum Deutschen Reich, konnte sich die neue Politik, die er als Kurswechsel um 180 Grad nach jahrzehntelangen freundschaftlichen Beziehungen empfand, kaum erklären.

Auch der damalige japanische Premierminister Itō Hirobumi fühlte sich vor den Kopf gestoßen und äußerte sich folgendermaßen gegenüber einem deutschen Vertrauten, dem Arzt Erwin Bälz:

> *„... man sollte ... nicht vergessen, dass Japan wirklich mit einer bedeutenden Rechnung gegen Deutschland aufzuwarten hat. Früher hatten wir die lebhaftesten Sympathien für Deutschland und nahmen es in vieler Hinsicht zu unserem Vorbild und Lehrer. Und doch mussten wir erleben, dass nach unserem siegreichen Krieg gegen China unser vermeintlicher Freund sich mit Russland und Frankreich verbündete, um uns die sauer erworbenen Früchte unseres Sieges zu entreißen. Dass Russland, unser natürlicher Gegner in Ostasien, Einsprache erhob, fanden wir begreiflich, ebenso dass Frankreich die Seite seines Alliierten ergriff. Aber die durch nichts in unserem Benehmen berechtigte feindliche Haltung Deutschlands musste uns als eine schwere, ja geradezu herausfordernde Beleidigung und als eine durch nichts zu rechtfertigende Einmischung in unsere eigenen Angelegenheiten erscheinen. Das kann Japan Deutschland nicht so bald vergessen ...*
>
> *Der deutsche Kaiser malte ein Bild, auf welchem er die heiligsten Güter der europäischen Zivilisation durch die Mongolen bedroht erklärte. Dass in diesem Falle gerade wir Japaner insbesondere damit gemeint sind, unterliegt keinem Zweifel. Denn nicht das ohnmächtige China, sondern Japan, die aufsteigende Macht, war bedrohlich. Und in diesem Bilde Ihres Kaisers sind wir in der edlen Rolle von ‚Mordbrennern' dargestellt. Jedermann weiß nun, dass die deutsche auswärtige Politik mit der Person des Kaisers identisch ist. Da kann es doch wahrlich nicht wundernehmen, dass das japanische Volk ein tiefes Misstrauen gegen die Person Ihres Kaisers und der mit ihr verbunden Politik hegt.[5]"*

4 Hattori Takushirō: *Daitōa sensō zenshi* (Gesamte Geschichte des Großostasiatischen Krieges). Masu Shobō 1953, Band 4: S. 345.

5 *Erwin Bälz: Das Leben eines deutschen Arztes im erwachenden Japan. Tagebücher, Briefe, Berichte*, herausgegeben von Toku Bälz. Stuttgart, J. Engelhorns Nachfolger Adolf Spemann 1930, S. 145 bzw. 1931, S. 248.

Ein Riegel für die japanische Expansion?

Was zunächst wie ein Ausrutscher der deutschen Politik erschienen war, entpuppte sich bald als Beginn eines längerfristigen Kurses. Im Jahre 1897 beschloss das Deutsche Reich, mit Kiautschu und der Stadt Tsingtau eine Kolonie in der chinesischen Provinz Shantung zu erwerben. Das Auftreten deutscher Kriegsschiffe vor der chinesischen Küste beunruhigte Japan und führte zu Anfragen in Berlin nach den verfolgten Absichten. Deutschland leugnete jegliche territorialen Ambitionen im Reich der Mitte, konnte aber damit nicht überzeugen. Auch Russland zeigte sich beunruhigt, da es Kiautschu als eigenes Interessengebiet ansah und bereits den Hafen von Tsingtau als Überwinterungsstation für seine Flotteneinheiten in Fernost nutzte. Es ließ daher wissen, wenn Deutschland sich eine Position in Nordchina verschaffen sollte, müsste Russland selbst ebenso verfahren, mit der Folge, dass ein sich bedroht fühlendes Japan nach der Übernahme Koreas streben und daher ein Krieg zwischen dem Reich des Tennō und dem des Zaren drohen würde. St. Petersburg empfahl daher Berlin, lieber eine Kolonie in Südchina anzustreben. Das Deutsche Reich aber zeigte sich unnachgiebig und erreichte schließlich in einer Geheimabsprache den Kompromiss, dass Russland die Einrichtung der deutschen Kolonie Kiautschu nicht behindern würde und Berlin nicht die Pachtung Liautungs durch das Zarenreich. Im Jahre 1898 nutzte Deutschland die Ermordung von zwei Missionaren in China als Vorwand, sich als Kompensation Kiautschu als Pachtgebiet übertragen zu lassen. Es löste damit eine Kettenreaktion aus, bei der Russland Liautung erhielt, Großbritannien Weihaiwei sowie eine Vergrößerung des Territoriums von Hongkong und Frankreich Sonderrechte im Raum Kanton. Für Japan wirkte sich dabei das Festsetzen Russlands am schlimmsten aus, das ausgerechnet das Gebiet erhielt, auf das Tokyo auf Grund der Dreierintervention von 1895 hatte verzichten müssen und daher nicht auf den angestrebten Brückenkopf an der Gegenküste verfügen konnte. Russland, das zu dieser Zeit die Transsibirische Eisenbahn baute und damit eine starke Bedrohung für Japan bildete, verfügte nun über einen Hafen in Fernost, der im Gegensatz zu Wladiwostok im Winter eisfrei war. Einige Jahre später, im Krieg gegen Russland 1904/05, konnte Japan die Festung Port Arthur (chinesisch: Lüshan) auf der Liautung-Halbinsel nur unter schwersten Verlusten, 60.000 Mann, von den gegnerischen Verteidigern erobern.

Auch hierzu äußerte sich Itō Hirobumi mit größter Verbitterung:

> *„Und endlich hat Deutschland durch die Besetzung Kiautschous den Vorwand zur Okkupation von Port Arthur geliefert, eben desselben Port Arthur, das wir jetzt mit so ungeheuren Opfern wieder zum zweiten Male erobern mussten. Denn wir hatten ja diese Festung schon einmal gestürmt und besessen. Und wir können es nicht vergessen – kein Mensch wird uns verargen, dass wir dies nicht tun – dass nämlich niemand anders es war als Deutschland, durch das wir gezwungen wurden, unsere Eroberung wieder herauszugeben. Denn ohne dessen Einmischung hätten wir unseres Erachtens die Festung damals behalten können.*

Denn England war uns sympathisch gesinnt und Amerika erhob keinen Einwand. In unseren Augen ist also in allererster Linie gerade Deutschland für die furchtbaren Verluste verantwortlich, die wir jetzt vor Port Arthur erleiden. Nachdem einmal Deutschland eine derartige Politik uns gegenüber eingeschlagen hat, muss es doch auch darüber im klaren sein, dass wir ihm nicht für eine derart offenkundig feindselige Handlung auch noch ‚dankbar' sind oder gar zujubeln, wie anscheinend harmlose Gemüter in Ihrer Heimat erwarten. Dazu kommt noch, dass Deutschland einige Jahre später, als eben dieses selbe Port Arthur von den Russen, unseren Gegnern, besetzt wurde, keinerlei Bedenken dagegen hegte.[6]"

Der Schwenk in der Politik Deutschlands zeigte sich auch darin, dass dieses im Jahre von 1899 von Spanien die mikronesischen Inseln Marianen und Karolinen erwarb, also gewissermaßen Gebiete vor Japans Haustür. Um der Isolation zu entgehen und seine Position zu stärken, schloß Tokyo im Jahre 1902 eine Verteidigungsallianz mit Großbritannien, das ebenfalls seine Stellung in Asien durch das Zarenreich gefährdet sah. Durch den sich zu dieser Zeit verschärfenden deutsch-englischen Gegensatz, bedingt vor allem durch die Aufrüstung des Wilhelminischen Reiches zur See, geriet Berlin auch gegenüber Tokyo ins gegnerische Lager.

Im Russisch-Japanischen Krieg 1904/05 erklärte sich das Deutsche Reich zwar für neutral, stachelte aber immer wieder Russland zu einer unnachgiebigen Haltung an und ermöglichte zusammen mit dem „Erbfeind" Frankreich der Baltischen Flotte des Zaren durch Kohlelieferungen erst den Weg von Europa ins fernöstliche Kampfgebiet. Der Verkauf fand zwar auf der Basis eines privaten Geschäftes durch die Hamburg-Amerika-Linie statt, wurde aber von der Regierung in Berlin wohlwollend geduldet. Dass Deutschland damit den Japanern das Gros der russischen Kriegsschiffe ans Messer lieferte, war eine Ironie, da Berlin die gegenteiligen Absichten verfolgt hatte: eine gestärkte Stellung für ein siegreiches Russland in Ostasien und einen nachlassenden Druck in Europa. Die von Wilhelm II. dem Zaren gegen Ende des Krieges bei einem Treffen auf der Ostsee vor dem finnischen Björkö aufgedrängte Idee einer deutsch-russischen Verständigung mit Garantien gegen Japan scheiterte an dem Desinteresse der Regierungen in St. Petersburg wie Berlin. Das Trauma „Björkö" aber hielt im japanischen Militär an und wurde zu einem der Motive für den Abschluss des Antikominternpakts 1936, um eine deutsch-russische Wiederannäherung zu verhindern.

Im Gegensatz zu der Politik Deutschlands herrschte in dessen Öffentlichkeit eine Grundstimmung zugunsten Japans. Dessen Sieg und die militärischen Leistungen der Aufsteigernation machten einen so starken Eindruck, dass die Sympathiewerte erheblich anstiegen. Sowohl den Sieg über China 1895 als auch den über Russland 1905 führten deutsche Militärs stolz auf die Ausbildung durch preußische Offiziere zurück. Deutsche Beobachter, darunter auch der Hohenzollernprinz Karl, waren 1904/05 auf

6 Ebenda S. 146 bzw. 249.

den Kriegsschauplatz entsandt worden und waren voll des Lobes über die kriegerischen Leistungen ihrer „gelehrigen Schüler“. Wilhelm II. verlieh nach dem Friedensschluss den militärischen Führern beider Länder deutsche Orden. Im Jahre 1906 erhob das beeindruckte Deutschland wie alle anderen Großmächte auch seine Gesandtschaft in Tokyo in den Rang einer Botschaft.

1904 hatte Großbritannien durch die Entente cordiale den jahrhundertealten Gegensatz zu Frankreich abgeschwächt und schuf durch die Einbeziehung Russlands 1907 die Triple-Entente. Im gleichen Jahr schlossen Japan und Russland eine Konvention zur friedlichen Koexistenz und grenzten in geheimen Zusatzabkommen ihre Einflusssphären in Ostasien ab. De facto entstand damit eine Vierer-Entente mit antideutschem Charakter, und die Gefahr einer deutsch-russischen Allianz, ein ständiger Alptraum für Japans Politiker und Militärs, schien gebannt. Das Zarenreich richtete sein Hauptinteresse wieder auf den Balkan und die türkischen Meerengen.

Japans Bündnis mit Großbritannien von 1902 sah eine Beistandspflicht für den Fall vor, dass einer der Partner in Ostasien mit mehr als einer Macht in einen Konflikt geriete, und war eindeutig gegen Russland gerichtet. Im Krieg 1904/05 waren diese Bedingungen nicht gegeben, aber das Zarenreich konnte der englischen Neutralität nicht sicher sein. Nach dem weitgehendem Ausgleich Londons mit Paris und St. Petersburg sowie der japanisch-russischen Verständigung aber wurde ein Konflikt dieser Mächte mit dem Deutschen Reich immer wahrscheinlicher. In einer Revision des Bündnisses mit England wurde 1905 die japanische Beistandspflicht nicht mehr auf Ostasien beschränkt, sondern auf Indien ausgedehnt und damit der britischen Flotte der Abzug von Einheiten nach Europa ermöglicht, um das Mutterland gegen die sich ständig vergrößernde deutsche Bedrohung zur See zu schützen. In einer weiteren Vertragsrevision zwischen London und Tokyo wurden 1911 die USA als potentielle Gegner ausgeschlossen, so dass als möglicher Feind eigentlich nur Deutschland blieb.

Japans Eintritt in den Ersten Weltkrieg

Zu allem Überfluss wurde kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs ein Bestechungsfall aufgedeckt, in dem die deutsche Firma Siemens Geldzuwendungen an hohe japanische Marineoffiziere geleistet hatte, um den lukrativen Auftrag für den Bau einer Funkstation zu erhalten. Der Skandal wurde begierig von England-freundlichen Kreisen ausgeschlachtet. Der Premier, Admiral Yamamoto Gonnohyōe, musste zurücktreten und machte einem pro-britischen Kabinett unter Ōkuma Shigenobu mit Katō Takaaki als Außenminister Platz. Als 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, entbrannte in Japan eine heftige Diskussion, ob man neutral bleiben, auf Seiten Englands und Russlands oder aber Deutschlands, dem durchaus Siegeschancen eingeräumt wurden, in den Krieg eintreten solle. Obwohl durch die Verteidigungsallianz mit Großbritannien nicht zum Beistand verpflichtet, erklärte Japan unter seinem neuen pro-englischen Kabinett aber doch dem Deutschen Reich den Krieg, eroberte Tsingtau und besetzte die

deutschen Südseekolonien nördlich des Äquators: die Marianen, die Karolinen und die Marshall-Inseln. Eine Kriegskonvention hielt Russland den Rücken frei und erlaubte Truppenverlegungen von Sibirien nach Europa. In einem geheimen Zusatzabkommen gewährte St. Petersburg dagegen Japan weitgehend freie Hand in China.

Nach dem Krieg normalisierten sich die bilateralen Beziehungen schnell wieder. Der geringe japanische Kriegsbeitrag und das geschickte und zurückhaltende Auftreten des neuen Botschafters Wilhelm Solf wirkten sich dabei positiv aus. Die Beziehungen wurden zwar auf politischer Ebene nicht besonders eng, wirkten sich aber z.B. auf kultureller Ebene positiv aus, da keine Rivalität mehr zwischen beiden Ländern bestand. Es kam sogar zu japanischen Hilfsleistungen für die notleidende deutsche Wissenschaft. Im Jahre 1926 wurde das Japan-Institut in Berlin gegründet und im folgenden Jahr ein Japanisch-Deutsches Kulturinstitut in Tokyo.

*Gerhard Krebs, *1943 in Warschau, studierte Germanistik, Geschichte und Japanisch in Hamburg, Freiburg/Br., Bonn und Tokyo. Promotion in Geschichte, Habilitation in Japanologie. Lehrtätigkeit an Universitäten in Tokyo, Freiburg/Br., Trier, Berlin. Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an Instituten in Tokyo und Potsdam.*

Literatur

Erwin Bälz: Das Leben eines deutschen Arztes im erwachenden Japan. Tagebücher, Briefe, Berichte, herausgegeben von Toku Bälz. Stuttgart, J. Engelhorns Nachfolger Adolf Spemann 1930 bzw. 1931.

Brandt, Max von: *Dreiunddreißig Jahre in Ostasien*. 3 Bände, Leipzig, Wigand 1901.

Dickinson, Frederick R.: *War and National Reinvention: Japan in the Great War, 1914-1919*. Cambridge, Mass., Harvard University Press 1999.

Gollwitzer, Heinz: *Die Gelbe Gefahr. Geschichte eines Schlagwortes. Studien zum imperialistischen Denken*. Göttingen, Vandenhoeck und Ruprecht 1961.

Hayashi Tadasu: *The Secret Memoirs of Count Tadasu Hayashi*. London, Eveleigh Nash 1915.

Iikura Akira: *Ierōperiru no shinwa. Teikoku Nihon to „kōka“ no gyakusetsu* (Der Mythos Yellow peril. Das Kaiserreich Japan und das Pradoxon der „Gelben Gefahr“). Tokyo, Sairyūsha 2004.

Iklé, Frank W.: The Triple Intervention: Japan's Lesson in the Diplomacy of Imperialism. In: *Monumenta Nipponica*, XXII, 1/2, 1967, S. 122-130.

Ishii Kikujiro: *Diplomatic Commentaries.* Baltimore, Johns Hopkins University Press 1936.

Krebs, Gerhard: German Policy during the Russo-Japanese War. In: John Chapman und Inaba Chiharu, Eds.: *Rethinking the Russo-Japanese .War, 1904-05.* Vol. II: The Nichinan Papers, Folkestone, Global Oriental Ltd 2007, S. 88-103.

Ders., Hg.: *Japan und Preußen*. München, iudicium verlag 2002.

Mutsu Munemitsu: *Kenkenroku: A Diplomatic Record of the Sino-Japanese War, 1894-95*. Princeton, Princeton University Press 1982.

Pantzer, Peter und Sven Saaler: *Japanische Impressionen eines Kaiserlichen Gesandten. Karl von Eisendecher im Japan der Meiji-Zeit*. München, iudicium verlag 2007.

Rein, Johann Justus: *Japan nach Reisen und Studien*. 2 Bände, Leipzig, Engelmann 1881, 1886.

Wagner, Wieland: *Japans Außenpolitik in der frühen Meiji-Zeit (1868-1894). Die ideologische und politische Grundlegung des japanischen Führungsanspruchs in Ostasien*. Stuttgart, Steiner 1990.

Wippich, Rolf-Harald: *Japan und die deutsche Fernostpolitik 1894-1898. Vom Ausbruch des Chinesisch-Japanischen Krieges bis zur Besetzung der Kiautschou-Bucht.* Ein Beitrag zur Wilhelminischen Weltpolitik. Stuttgart, Steiner 1987.

Ders.: Max von Brandt und die Gründung der OAG (Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens) – Die erste deutsche wissenschaftliche Vereinigung in Ostasien. In: *Studien des Instituts für Kultur der deutschsprachigen Länder*, Sophia Universität, Nr. 11, 1993, S. 64–77.

Ders.: The Yellow Peril: Strategic and Ideological Implications of Germany's East Asian Policy before the First World War. In: *Sophia International Review*, 18, 1996, S. 57-65.